

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei

Berlin, den 12.11.2024
9(0)26-3713
Verbindungsstelle
@senatskanzlei.berlin.de

An die

Vorsitzende des Unterausschusses Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft

über

den Vorsitzenden des Hauptausschusses

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über

Senatskanzlei - G Sen -

**BezPHPW
0273 A**

Projektverantwortung für ALLRIS

rote Nummer/n: entfällt

Vorgang: 25. Sitzung des Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft des Hauptausschusses vom 19. Juni 2024

Ansätze: entfällt

Gesamtausgaben: Entfällt

Der Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft des Hauptausschusses hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„Die Senatskanzlei wird gebeten, dem UA BezPHPW rechtzeitig zur Sitzung am 11.09.2024 zu berichten, welche Verwaltung die Projektverantwortung für das Ratsinformationssystem ALLRIS übernommen hat.“

In seiner 26. Sitzung am 11. September 2024 hat der Unterausschuss einer Fristverlängerungsbitte zur Sitzung am 20. November 2024 zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Hierzu wird berichtet:

Das Allgemeine Ratsinformationssystem (Allris) ist ein zentrales Fachverfahren für die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit der Bezirksverordnetenversammlungen in den zwölf Bezirken Berlins. ALLRIS-Sitzungsdienst als Basiskomponente und ALLRIS-Sitzungsgeld (SG) sind die Grundmodule für die Arbeit in den Büros der Bezirksverordnetenversammlungen. Über die weiteren Module, wie ALLRIS-Bürgerinfo-BI (Zugang für die Öffentlichkeit), ALLRIS-Amtsinfo-AI (Zugang für Bezirksamtsmitarbeiter/-innen) und ALLRIS-Ratsinfo-RI (Zugang für die Kommunalpolitikerinnen und -politiker) erfolgt die Information und Beteiligung der genannten Nutzergruppen mittels entsprechender Zugangsrechte im Internet bzw. Intranet.

Die Verantwortung und der Betrieb der behördlichen Installationen liegen dezentral in der jeweiligen Behörde. Einige Softwarekomponenten werden zentral beim Hersteller der Software „CC e-gov GmbH“ gehostet. Um den Einsatz des IT-Fachverfahrens zu koordinieren und technische und vertragliche Fragestellungen gebündelt abzuarbeiten, hat das Büro der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick (BVV-T-K) nach Auflösung der KoBIT (Geschäftsstelle zur Koordinierung und Beratung bezirklicher IT-Verfahren) durch den Rat der Bürgermeister, als Vertretung für die Anwendergemeinschaft der Büros der Bezirksverordnetenversammlungen die IT-Fachverfahrensverantwortung übernommen. Nun stehen einige bedeutende Herausforderungen an, die nach Einschätzung des Rats der Vorsteherinnen und Vorsteher nicht allein durch diesen Kollegen bewältigt werden können. Wesentliche Herausforderung ist insbesondere ein anstehendes Upgrade des Allrissystems auf die Version 4.0.

Um die anstehende oben geschilderte Herausforderung zeitnah zu lösen, ist durch den Rat der Vorsteher und die CDO die Einsetzung einer projektbezogenen Taskforce verabredet worden. Am 29. Oktober fand hierzu ein erstes vorbereitendes Arbeitstreffen statt. An der Taskforce sollen neben Vertreter/-innen der Senatskanzlei und der Senatsverwaltung für Inneres auch Vertreter/-innen der Bezirke und des ITDZ teilnehmen. Das Auftakttreffen dieser Taskforce wird voraussichtlich am 21. November 2024 stattfinden.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin
In Vertretung

Florian Hauer
Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten und Internationales